

Aufruf zum 1. Mai

Der 1. Mai 2003 ist ein internationaler Tag des Kampfes für die politischen, sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und vieler anderer Menschen, die für die Lösung vielfältiger Probleme in dieser Welt kämpfen.

Eine andere Welt ist nötig, weil:

- * ... auf der Erde 800 Millionen Menschen hungern,
- * ... jedes Jahr 17 Millionen Menschen an heilbaren Krankheiten sterben müssen,
- * ... 400 Millionen Kinder keine Schule besuchen können,
- * ... 1,3 Millionen Menschen in Armut leben,
- * ... 180 Millionen Menschen ohne Arbeit sind.

Der 1. Mai 2003 ist auch ein Tag des international vernetzten Kampfes gegen den Krieg - aktuell gegen den Irak-Krieg der USA und ihrer Verbündeten.

Krieg und Terror erscheinen immer noch als eine geeignete Fortsetzung imperialistischer Politik mit militärischen Mitteln. Sie sollen nicht nur die wirtschaftlichen Ziele der weltweit agierenden Konzerne durchsetzen und strategische Ressourcen sichern, sondern auch globale Herrschaftsverhältnisse zementieren. Die Folgen trägt in allen Ländern in erster Linie die Arbeiterklasse durch Hunger und Armut, Zerstörung der ökonomischen wie ökologischen Lebensgrundlagen, Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie Beseitigung sozialer und demokratischer Rechte.

- * Stoppt den Krieg gegen den Irak!
- * Kein Blut für Öl, Profit und Macht!
- * Eine Weltordnung in Frieden, mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit ist nötig!
- * Deutsche Regierungspolitik muss zur Friedenspolitik werden. Bundeswehrsoldaten, die zur Zeit in vielen Teilen der Welt im Einsatz sind, müssen zurück in die Kasernen.

Der 1. Mai 2003 ist ein Tag des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, für den Erhalt sozialer und demokratischer Rechte.

Die Angriffe auf die Gewerkschaften nehmen an Schärfe zu. Offen wird von Unternehmern, Politikern und den Medien zu ihrer "Entmachtung" aufgerufen. Die in Jahrzehnten erkämpften Rechte der abhängig Beschäftigten sollen ausgehöhlt oder beseitigt werden. Der Kündigungsschutz soll gelockert, die Sozialabgaben für die Unternehmen sollen gesenkt, die Lohn- und Gehaltstarife branchenspezifisch differenziert, die Niedriglohnjobs ausgeweitet, die Mitbestimmung eingeschränkt und die tarifvertraglicher Regelungen ausgehöhlt werden. Darüber hinaus geht es um die Zerschlagung und Privatisierung der staatlichen sozialen Sicherungssysteme.

- * Hände weg vom Kündigungsschutz
- * Gesundheit und Bildung sind keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Die aktuellen Pläne der SPD/Grünen-Koalition und der CDU/CSU/FDP Opposition zu Sozialabbau nach den Hartz- und Rürup-Vorschlägen dürfen nicht durchkommen.
- * Arbeitszeitverkürzung in allen Formen bleibt eine Möglichkeit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
- * Arbeitslosengeld und Bezugsdauer dürfen nicht gekürzt werden. Die Arbeitslosenhilfe muss erhalten bleiben. Die Sozialhilfe muss ein Leben ohne Armut sichern.
- * Verteidigung der Tarifautonomie!
- * Erhöhung der Reallöhne, Renten und Lehrlingslöhne!

Der 1. Mai 2003 ist ein Tag des Kampfes für die Rechte der Jugend.

Auch für dieses Jahr zeichnet sich ein weiterer dramatischer Abbau von Ausbildungsplätzen ab. Die laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1980 "Verantwortung der Arbeitgeber für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen" wird seit langem von ihnen nicht mehr eingehalten. Weitgehend tatenlos wird diese verfassungswidrige Lehrstellensituation bis 1998 von der Kohlregierung und seitdem von der Regierung Schröder hingenommen.

- * Das Recht auf Bildung und Ausbildung muss durchgesetzt werden.
- * "Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze".
- * "Bildung statt Bomben".
- * 10 Prozent der Arbeitsplätze müssen durch gesetzliche Verpflichtung Ausbildungsplätze werden.

Der 1. Mai 2003 ist ein Tag des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus und für den Erhalt demokratischer Rechte.

Durch die Änderung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes können massenhaft Daten über Arbeiter und Angestellte in sogenannten "verteidigungswichtigen" oder "lebenswichtigen" Einrichtungen erhoben und gespeichert werden. Auch Ehepartner oder Lebensgefährten können zur Sicherheitsprüfung aufgefordert werden. Millionen Beschäftigte sind damit mögliche Objekte geheimdienstlicher Überprüfung. Die kleinste Unregelmäßigkeit kann zu Nichteinstellung oder Entlassung führen.

* Die sofortige Rücknahme des Sicherheitsüberprüfungsgesetz sowie aller Regelungen in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder, die zu immer weniger öffentlich kontrollierbaren Einschränkungen von Bürgerrechten führen.

* Entsprechend Artikel 139 Grundgesetz sind alle faschistischen Parteien und Organisationen zu verbieten und aufzulösen, denn "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!"

* Gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums; die Strom- und Wasserversorgung sind wie der Nahverkehr staatliche Aufgaben.

Kolleginnen und Kollegen,
Freundinnen und Freunde,
Genossinnen und Genossen,

2003 müssen wir zusammen handeln. Trotz möglicher politischer und weltanschaulicher Unterschiede gilt: Nur gemeinsam sind wir stark! Solidarität ist unsere Kraft!

Der 1. Mai 2003 ist auch eine Herausforderung, über gesellschaftliche Herausforderungen nachzudenken, zu diskutieren und Alternativen zur jetzigen Situation zu entwickeln. Die DKP tritt für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft ein, in der der erwirtschaftete Reichtum zu mehr sozialen Leistungen und Rechten, zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität der Bevölkerung führt!

Für internationale Solidarität! Die Arbeiterbewegung und die globalisierungskritische Bewegung haben viele gemeinsame Ziele. Eine

andere Welt ist möglich! Wir Kommunisten nennen dies Sozialismus!

Der Parteivorstand der DKP ruft auf:

* Nehmt teil an Veranstaltungen und Kundgebungen und Demonstrationen des DGB zum 1. Mai und zum 2. Mai, dem 70. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis.

* Nehmt teil an den Veranstaltungen der DKP zum 1. Mai.

**Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand**



Ich möchte

- Mehr Infos über die DKP
- Die Zeitung der DKP kennen lernen
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name:

Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Schicken an:

DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18,
45127 Essen

www.dkp.de oder www.kommunisten.de oder
eMail: dkp.pv@t-online.de

V.i.S.d.P.: Rolf Priemer, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen